

II-6524 der Beilagen zu den Stenographischen ProtokollenNr. 3232/J

des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

1989-02-02

## A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. Praxmarer, Apfelbeck  
an die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport  
betreffend große Wissenslücken der Schüler im Bereich der  
politischen Bildung

Der Vorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ stellte kürzlich eine Studie über die politische Bildung bei Schulabgängern vor, deren Ergebnis er folgendermaßen charakterisierte: "Wir sind auf dem Weg zu einer geistigen Zwei-Drittel-Gesellschaft."

Grund für dieses bestürzende Urteil ist die in der genannten Studie belegte Tatsache, daß zum Beispiel nur 53 % der 400 befragten Schüler aus Abschlußklassen angaben, den Begriff "Nationalrat" einem Freund erklären zu können. Mehr als 60% konnten mit dem Begriff "Sozialpartnerschaft" nichts oder nichts sinngemäße Passendes anfangen. Nur 28% hatten einen annähernd richtige Vorstellung vom Inhalt dieses Begriffes.

Ein weiteres bedenkliches Ergebnis: 20% der AHS-, BHS - und Fachschulabsolventen konnten nach Lektüre eines Zeitungsartikels zum Thema "Ladenschluß" keine oder bloß eine einzige Angabe über den Inhalt machen. Nur 25 % waren imstande die 38-Zeil-Meldung inhaltlich korrekt wiederzugeben. Die durch Zahlen belegten Aussagen dieser Untersuchung sind aus zweierlei Gründen besorgniserregend: Einerseits dokumentieren sie ein eklatantes Versagen der seit 1962 großkoalitionären und seit nunmehr beinahe 2 Jahrzehnten unter Federführung eines sozialistischen Ministers geleiteten Schulpolitik. Die Beteuerungen, wie sehr die Bemühungen um mehr Demokratieverständnis, um die Erziehung zum mündigen Bürger, um die Kenntnis politischer Zusammenhänge, um politisches Wissen und Verständnis, von Erfolg gekrönt seine, wird durch diese Studie der Jungen Generation deutlich widerlegt.

Andererseits müssen uns dieses lückenhafte Wissen um das politische System Österreichs sowie über aktuelle politische

- 2 -

Fragen, aber auch die Verständnisschwierigkeiten bei der Aufnahme von Information aus den Medien Warnung und Anlaß sein, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Denn pluralistische Demokratie setzt den mündigen und nicht manipulierbaren Bürger voraus, Politische Bildung ist dabei die Voraussetzung für Entscheidungs- und Urteilsfähigkeit.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport die

A n f r a g e :

- 1) Wie beurteilen Sie die derzeitige politische Bildung der Schulabgänger?
- 2) Stimmen Sie mit der Analyse von Christian Cap überein, daß wir auch heute mit einem politischen und kulturellen Analphabetismus konfrontiert sind, der mit zunehmender Entwicklung zur Informationsgesellschaft ein politisches Grundproblem wird? (AZ vom 17.Jänner 1989)
- 3) Wurde seitens Ihres Ressorts die Durchführung des Unterrichtsprinzips "Politische Bildung" kontrolliert?
- 4) Wenn ja:
  - a) Zu welchen Ergebnissen kam diese Prüfung?
  - b) Stimmt die ressortinterne Kontrolle mit dem Ergebnis der Studie der Jungen Generation in Österreich überein?
- 5) Wenn nein: Werden Sie eine diesbezügliche Untersuchung über die politische Bildung der Schulabgänger veranlassen?
- 6) Welche Umstände sind maßgeblich für den offensichtlich vorhandenen Mangel an politischer Bildung?
- 7) Welche diesbezüglichen Konsequenzen werden Sie ziehen?